

Mai/Juni 2021

Die Partei Alternative für Deutschland - Keine Alternative für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist seit der Bundestagswahl 2017 die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. In aktuellen Umfragen liegt sie in Ostdeutschland zur Bundestagswahl bei hohen zweistelligen Prozentzahlen, deutschlandweit bei ca. 10 Prozent. Besonders starke Zustimmung erhält die AfD bei Männern im Erwerbsalter (30-60jährige) mit mittleren (Fachlehr-) Qualifikation – auch bei Gewerkschaftsmitgliedern. Doch anders als es die Partei immer wieder vorgeben mag, hat die AfD nicht die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Blick. Das wird offenkundig, wenn wir zentrale Forderungen der IG BCE und der Gewerkschaften an den Programmen der AfD spiegeln (vgl. Grundsatzprogramm 2016, Sozialprogramm 2020, Wahlprogramm 2021):

IG BCE versus AfD zu Tarifbindung und Mitbestimmung

Um die Sicherheit von guten Einkommen und guten Arbeitsbedingungen zu schützen, möchte die IG BCE den Weg zur Stärkung von Tarifverträgen fortsetzen und zu einer Ausweitung der Mitbestimmung im Betriebsverfassungsgesetz und in der Unternehmensmitbestimmung kommen. Kein Wort verloren die früheren Programme der AfD zu den für die soziale Marktwirtschaft wichtigen Themen wie der Tarifpolitik und der Mitbestimmung. Erst im aktuellen Wahlprogramm findet sich ein einziger Satz, der ein halbherziges Bekenntnis zur Mitbestimmung und Tarifverträgen enthält. Ideen zur Weiterentwicklung und Stärkung der Mitbestimmung hat die AfD jedoch nicht. Hingegen möchte die AfD Regulierungen in der Wirtschaft und Bürokratie abbauen. Eine klassische wirtschaftsradikale Forderung, die weder Tariffucht stoppt, noch die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte stärkt. Zu den Herausforderungen der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter hat die AfD nichts beizutragen.

IG BCE versus AfD zur Renten- und Sozialpolitik

Die IG BCE fordert gemeinsam mit dem DGB einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Darüber hinaus fordert die IG BCE den Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer echten Arbeitsversicherung. Diese soll neben staatlichen Transferleistungen insbesondere präventive Elemente, wie individuelle Förderung und eine lebensbegleitende Berufsberatung bieten. Die Finanzierung der Gesundheitswirtschaft soll durch eine gerechte Finanzierung aller Versicherten in Form einer Bürgerversicherung gesichert werden.

Die AfD hat nach langen, kontroversen internen Debatten auf ihrem Parteitag 2020 ein Rentenkonzept beschlossen. Auf gerade einmal zwölf Seiten legt die AfD ihr sehr schwammiges und wenig durchdachtes Rentenkonzept vor. Neben populistischen Forderungen wie der Abschaffung von Pensionsansprüchen für Politiker*innen und der Ausgliederung von neu eingestellten Beamten mit „nicht hoheitlichen Aufgaben“ in die gesetzliche Rentenversicherung ist das Programm wenig aussagekräftig und vage formuliert. Das Rentenkonzept scheint ein fauler Kompromiss zwischen dem eher neoliberalen Flügel

um Parteichef Meuthen und (national-) sozialen Bestrebungen des Rechtsextremisten Höcke zu sein.

Für die Arbeitslosenversicherung fordert die AfD die Absenkung der Beiträge, ohne Vorschlag zur Gegenfinanzierung, sowie die Rücknahme von „versicherungsfremden Leistungen“ ohne weiter zu konkretisieren was darunter zu verstehen ist. Die Themen Arbeits- und Sozialrechtsschutz werden ferner mit keinem Wort im Wahlprogramm erwähnt. Stattdessen versucht die AfD mit rechtspopulistischen Forderungen wie der Begrenzung der Zuwanderung von EU-Ausländern oder dem Verbot von Zahlungen von Sozialleistungen auf ausländische Konten Wählerstimmen zu gewinnen.

Die Pflegeversicherung will die AfD mit der Krankenversicherung zusammenlegen und den Leistungsumfang aneinander angleichen. Kinderlosen Versicherten soll zukünftig „im höheren Maße die Bildung eigener Rücklagen für den Pflegefall zumutbar“ sein.

Zusammengefasst lässt sich bei den Forderungen zur Sozialpolitik sagen, viele vage Forderungen und wenig Ideen für eine konkrete Umsetzung. Die AfD bleibt damit ihrem Vorgehen treu: Statt in Solidarität und im Miteinander die drängenden Fragen in der Renten- und Sozialpolitik für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu lösen, treibt die AfD einen Keil hinein in die Belegschaften.

IG BCE versus AfD zur Entlastung der Arbeitnehmermitte

Die IG BCE fordert eine spürbare Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen durch einen neuen Tarifverlauf und insgesamt mehr Gerechtigkeit im Steuersystem! Die AfD möchte das Steuerrecht irgendwie vereinfachen, viel mehr kann man dem Programm nicht entnehmen. In ihrem aktuellen Wahlprogramm spricht sich die Partei schwammig für das Kirchhoff-Steuermodell aus, das – so die Analysen – Reiche am stärksten entlastet. Dazu passt, dass die AfD die Erbschafts- und Vermögenssteuer direkt abschaffen will. Hinzu kommt die Forderung nach der Abschaffung einiger weiterer Steuern, ohne eine Gegenfinanzierung zu benennen. Zwar spricht die AfD auch von einer Entlastung des Mittelstands, ohne jedoch ein wirkliches Konzept zu präsentieren wie dies erreicht werden soll.

IG BCE versus AfD zum Fachkräftemangel

Die IG BCE setzt sich dafür ein, den Fachkräftemangel in Deutschland mit guter Ausbildung und Qualifizierung für die Beschäftigten zu bekämpfen. Die AfD hingegen sieht das Problem in ihrem aktuellen Wahlprogramm als konstruiert an. „Die Behauptung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten, in Deutschland herrsche Fachkräftemangel und damit ein Bedarf an qualifizierter Einwanderung, dient nur vordergründig dem Gemeinwohl und darf deshalb nicht maßgeblich sein. Der schädliche Einfluss wirtschaftlicher Partikularinteressen oder gar damit kaschierter antideutscher Ressentiments muss beendet werden.“ Statt die Probleme, die der demografische Wandel mit sich bringt, anzugehen und Lösungen für die Branchen zu finden, hat die AfD nur populistische und fremdenfeindliche Aussagen zu bieten.

IG BCE versus AfD zur Energiepolitik und Transformation der Industrie

Die IG BCE setzt sich dafür ein, Klimaziele und Industrieziele stärker in einen Ausgleich zu bringen. Die Politik muss aus der Energiewende ein echtes Zukunftsprojekt machen. Deshalb fordert die IG BCE Einsatz und Verlässlichkeit für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen, Investitionen in neue Innovationen und einen Ausbau der Wasserstoffnetze in Deutschland! Die AfD leugnet schlicht den menschengemachten Klimawandel und lehnt darum auch jegliche notwendigen Maßnahmen ab, um die

Transformation der Industrie für die Beschäftigten und die Unternehmen zum Erfolg zu führen.

IG BCE versus AfD zu Europa

Die IG BCE setzt sich für ein soziales, mitbestimmtes und zukunftsfähiges Europa ein. Die AfD hingegen hat in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 die Forderung nach einem Austritt aus der EU beschlossen. Getrieben von ihrem rechtsradikalen Flügel um Björn Höcke beschloss der Parteitag diese Forderung gegen den Willen von Parteichef Meuthen und dem Fraktionsvorsitzenden Gauland. Diese Forderung zeigt einmal mehr deutlich, dass die AfD einen reaktionären Kurs fährt und keine zukunftsgerichtete Politik verfolgt hat. Anstatt die Chancen und Möglichkeiten einer europäischen Vereinigung zu sehen und die Exportstärke Deutschlands im Blick zu haben, geht es ihr ausschließlich um Ab- bzw. Ausgrenzung und Nationalismus.

IG BCE versus AfD zu Demokratie und Grundwerten

Die Werte der Gewerkschaftsbewegung lauten Freiheit, Gleichheit, Solidarität: Freiheit des Einzelnen, Gleichheit aller an Rechten und Pflichten, Solidarität zwischen den Menschen. Diese für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zentralen Werte wurden - unter dem Eindruck der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, der Nazi-Diktatur und des Völkermordes an den europäischen Juden – 1949 im Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland als Normen für die gesamte Gesellschaft festgeschrieben. Wir sind überzeugt: Diese Werte sind intakt und halten unsere Gesellschaft zusammen.

Die gewerkschaftliche Auseinandersetzung zielt jeden Tag wieder darauf ab, den Verfassungsauftrag einzulösen. Über den richtigen Weg und die Antworten wird in einer Demokratie in der Sache manchmal kontrovers, auch hart gerungen. Verschiedene Meinungen auszuhalten ist Teil der Demokratie. Denn am Ende stehen Lösungen, meistens Kompromisse, die sich aus den verschiedensten, vielleicht sogar widersprüchlichen Perspektiven zusammensetzen. Zumindest so lange bis die politischen Mehrheiten eines Tages wieder andere sind. Einen redlichen Umgang müssen Demokratinnen und Demokraten trotz Interessensgegensätzen dabei wahren. Das macht das Wesen einer vitalen Demokratie aus. Verantwortungsvolles Handeln im Interesse der Menschen setzen wir als handlungsleitende Norm bei allen Verantwortungsträgern in unserem Land voraus. Schwarze Schafe, die es immer geben mag, gehören abgewählt oder von ihren Aufgaben entbunden und wenn angebracht, mit den Mitteln des Gesetzes strafrechtlich verfolgt.

Die AfD offenbart in ihrem Grundsatzprogramm eine andere Vorstellung. Das erste Kapitel bildet die flügelübergreifende, programmatische Klammer des Grundsatzprogrammes. Auf diesen Seiten kommt die populistische „Anti-Establishment-Haltung“ der AfD zum Ausdruck. Die Verachtung gegenüber demokratisch legitimierte Politikerinnen und Politikern, den sogenannten „Volksverrättern“, sowie ihren Institutionen deutlich, zu denen eben auch Gewerkschaften gehören, kommt deutlich zum Ausdruck. Ihnen wirft die AfD bewusste politisch motivierte Manipulation und Instrumentalisierung vor.

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien ... Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“

Für die Beendigung des scheinbar „illegitimen Zustands“ sollen insbesondere Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild eingeführt werden. Volksabstimmungen seien

für die AfD nicht verhandelbar, heißt es, und Inhalt jeglicher zukünftiger Koalitionsverhandlungen. „Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen.“ Das gilt nicht nur für Bundesgesetze. Auch über das Grundgesetz möchte die AfD die Bürger abstimmen lassen. „Das Volk muss das Recht haben, auch initiativ über Änderungen der Verfassung selbst zu beschließen.“ Die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte schließt die AfD dabei explizit nicht aus.

Zwar klingen Volksabstimmungen auf den ersten Blick nach einer guten Möglichkeit, um für eine breite Bürgerbeteiligung zu sorgen. Entscheidungen werden auf ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ heruntergebrochen. Dies entspricht der populistischen Ideologie, man könne einfache Antworten für eine vernetzte und komplexe Welt finden. Es bedarf aber volkswirtschaftlich ausgewogener und gesellschaftspolitisch differenzierter Entscheidungen. Die tatsächlichen Folgen einer scheinbar einfachen Abstimmung sind für die Wählerinnen und Wähler schwer zu überblicken, wie beispielsweise die Abstimmung über den Austritt Großbritanniens aus der EU gezeigt hat. Vielmehr haben Demagogen und Populisten mit wortgewaltiger, propagandistischer Schwarz-Weiß-Malerei die Volksabstimmung benutzt, um ihre eigene Agenda durchzusetzen.

Fazit

Für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist eindeutig: Menschenwürde, Sozialstaatlichkeit und Demokratie sind für uns nicht verhandelbar. Die Programme der AfD zielen im Kern gegen die „kleinen Leute“, sie bieten in zentralen Fragen keine Lösungen, manche Positionen werden aus Kalkül besetzt. Damit taugen ihre Konzepte nicht, der demokratischen Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den notwendigen Einfluss gegenüber den Arbeitgebern und der Politik zu verschaffen. Statt auf Problemlösungen setzt die AfD auf rhetorische Tabubrüche und Ausgrenzung von Minderheiten. Betont völkische und fremdenfeindliche Positionen aus der rechtsextremen Ideologie werden mit gemäßigeren, neoliberalen Aussagen verbunden, um sich als bürgerliche Partei zu präsentieren, was aber auch dazu führt, dass rechtsextreme Ansichten in der Mitte der Gesellschaft ankommen und als normal betrachtet werden. Aus diesem Grund wird die AfD mittlerweile in mehreren Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet. Gerade die aktuelle Corona-Pandemie zeigt uns eindrücklich, wie wichtig verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln sind, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Demokratie ist nicht selbstverständlich, sondern muss gelebt werden. Dafür braucht es eine verlässliche Politik und sozialen Fortschritt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, orientiert an unseren Werten: Solidarität, Gerechtigkeit. Verfassungsfeinde werden wir immer bekämpfen.

Seminarangebote zu den Themengebieten Rechtspopulismus und Demokratie:

Rassismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus bekämpfen. Strategien und Engagement in Gewerkschaft, Betrieb und Gesellschaft, 11.07.2021 - 16.07.2021, Seminar Nr: HV-001-242502-21, Bad Münders.

Europa zwischen Freiheit und Festung, 07.11.-12.11.21, Seminar Nr: HV-002-260501-21, Haltern am See.

Demokratie – viel zu anstrengend?! 07.11.- 12.11.21, Seminar Nr: HV-002-280101-21, derzeit geplant in Haltern am See.

Social Media nicht den Rechten überlassen, Seminar Nr: 07.11.-12.11.21 HV-002-032101-21, Haltern am See.

Vielfalt als Chance, 07.11.-12.11. Seminar Nr: HV-002-230204-21, Haltern am See.

Webseminar „Meinungsmache 2021“.

Literatur und weitere Empfehlungen für die Auseinandersetzung mit der AfD:

Alternative für Deutschland (2021). Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Dresden 10./11.04.2021.

Alternative für Deutschland (2020). Konzept zur Sozialpolitik. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Kalkar am 28./29.11.2020.

Alternative für Deutschland (2016). Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04.2016/01.05.2016.

Bensmann, M. (2017). Schwarzbuch AfD. Fakten, Figuren, Hintergründe. Correctiv.

Blickpunkt DGB (2019): Eine »Arbeiterpartei für Deutsche«? Der Sozialpopulismus der AfD. Online Verfügbar unter <https://www.dgb.de/downloadcenter/++co++035b1614-e04c-11e9-b602-52540088cada>, zuletzt abgerufen am 19.05.2021.

Decker, F., in: Häusler, A. (Hrsg.) (2016). Die Alternative für Deutschland. Springer Fachmedien Wiesbaden.

DGB NRW (2020). Argumentationskarten gegen Rechtspopulismus. Online verfügbar unter: <https://nrw.dgb.de/archiv/++co++122fcbd8-d652-11ea-a3c1-001a4a16011a>, zuletzt abgerufen am 19.05.2021.

Häusler, A., in: Deutscher Gewerkschaft Bund (Hrsg.) (2016): Die AfD: Eine rechtspopulistische Partei im Wandel.

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (2016). Michael Vassiliadis: Information über die Partei „Die Alternative für Deutschland“. Internes Schreiben an ehrenamtlichen Hauptvorstand, Beschäftigte der IG BCE (unveröffentlicht).

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. (2016). Die Partei „Alternative für Deutschland“. Entstehung, Programmatik und politische Verortung einer populistischen Partei. Interner politischer Bericht (unveröffentlicht).

Küstner, K. (2021). AfD-Parteitag in Dresden. Dexit, D-Mark, Dauerstreit. Kommentar. ARD Hauptstadtstudio. Online verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-kommentar-wahlprogramm-parteitag-100.html>, zuletzt abgerufen am 19.05.2021.

Müller, A.-K. (2021). AfD-Wahlprogramm. Offen radikal. Spiegel Online. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-wahlprogramm-zeigt-wie-radikal-sie-wirklich-ist-a-a1abd1bd-b03b-47ea-894c-ba5de98251b6>, zuletzt abgerufen am 19.05.2021.

Nocun, K. (2016). Wie sozial ist die AfD wirklich? Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik. Heinrich-Böll Stiftung Sachsen. Dresden. Online verfügbar unter: <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-6-wie-sozial-ist-die-afd.pdf>, abgerufen am 19.05.2021.

Steffen, T. (2021). AfD. Realitätsfern und rückwärtsgewandt. Zeit Online. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-04/afd-waehler-stimme-konservatismus-bundeswehr-eu-austritt>, zuletzt abgerufen am 19.05.2021.